

Wen die EU-Sanktionen am meisten treffen

In einem neuen Sanktionspaket hat die EU unter anderem die Vermögenswerte der größten Bank Russlands eingefroren. Der Kreml spricht weiter davon, dass die Europäer sich damit mehr schaden als Russland. Doch das dicke Ende kommt immer mehr in Sicht.

VON GREGOR MAYNTZ

BRÜSSEL Mit der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt ist in der Nacht zum Freitag das siebte Sanktionspaket der Europäischen Union in Folge des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine in Kraft getreten. Es umfasst Hunderte von Seiten, die die bisherigen sechs Pakete in Teilen an veränderte Realitäten anpassen, erkannte Schlupflöcher schließen und

neue Unterstützer Putins, wie die Anwerber von Militärs in Syrien oder die Motorradrocker „Nachtwölfe“, mit Einreiseverboten und Einfrieren von Besitztümern belegen. Auch Ungarn stimmte der neuen Sanktionsrunde zu, obwohl Regierungschef Viktor Orbán zu Beginn der Verhandlungen kritisiert hatte, mit den Sanktionen schossen sich die EU-Länder nicht nur selbst ins Knie, sondern in die eigene Lunge.

Tatsächlich wird die Wirtschaft in den Mitgliedsländern hart getroffen. Das ist schon aus einem der Nebenaspekte zu entnehmen, wonach die Staaten weitere Milliarden in die Unterstützung besonders betroffener Unternehmen stecken dürfen, ohne gegen das europäische Wettbewerbsrecht zu verstoßen. Die Summe dieser Erlaubnisse bewegt sich inzwischen auf eine Viertelbillion Euro zu. Die Reaktionen aus Moskau sind unterschiedlich. Mal behauptet der Kreml, die Sanktionen gut bestehen zu können und gestärkt und mit gewachsener Autarkie daraus hervorzugehen. Mal werden sie mit einem „Blitzkrieg“ verglichen. Also mit verheerenden Wirkungen.

Nach Schätzungen in der EU-Kommission tragen die Sanktionen dazu bei, dass die russische Wirtschaft einen massiven Einbruch erleidet. Während in der EU immer noch ein Wachstum angenommen wird, läuft Russland in zweistellige Prozentzahlen einer Wirtschaftsschrumpfung hinein. Besonders betroffen seien der Auto- und Maschinenbau. Eine Reihe von Fabriken habe die Produktion einstellen müssen, weil wichtige Komponenten auf der Sanktionsliste stehen. Westliche Waren werden knapp, seitdem viele Filialen geschlossen wurden.

Einige auf der jüngsten Sanktionsliste stehenden Lockerungen werden in Moskau als Eingeständnis der EU gedeutet, dass die Sanktionen ihr selbst mehr schaden als Russland. Allerdings ist der Zugriff auf Transaktionen nur für Bezahlvorgänge



Container liegen im Hafen von St. Petersburg. Die gegen Russland verhängten EU-Sanktionen entfalten langsam aber sicher ihre Wirkung.

FOTO: IGOR RUSSAK/DPA

freigegeben worden, die ansonsten „schwerwiegende und wesentliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Sicherheit oder die Umwelt“ haben. Als Ergebnis dieser Erleichterungen werden russische Schiffe wieder EU-Häfen anlaufen dürfen, wenn sie etwa Medikamente oder Lebensmittel ausladen wollen. Die Erlöse aus der Freigabe dieser wirtschaftlichen Ressourcen selbst werden wiederum eingefroren. Zudem ist mit Blick vor allem auf die norddeutschen Häfen eine Ergänzung vorgenommen worden, wonach die Blockade für russische Schiffe nicht nur den Hafen selbst, sondern das Löschen und Umladen bereits außerhalb des Hafengeländes betrifft. Nach einer Bilanz innerhalb der Kommission konnten bislang von den EU-Mitgliedern bereits mehr als 13 Milliarden Euro an Be-

sitztümern vorwiegend russischer Oligarchen eingefroren werden. An dieser Stelle hat sich die EU mit dem siebten Paket nun einen weiteren Trick ausgedacht. Danach sind alle betroffenen Personengruppen und Unternehmen nunmehr verpflichtet, ihre Vermögen anzuzeigen und mit den Behörden zusammenzuarbeiten. Tun sie dies nicht, wird das als strafbare Handlung gewertet. Damit eröffnet sich je nach nationaler Rechtslage für die Einzelstaaten die Möglichkeit, die Oligarchen-Besitztümer nicht nur einzufrieren, sondern einzuziehen.

Auch das Verbot, größere Geldbeträge von russischen Firmen oder Unternehmen in der EU entgegenzunehmen, wird ausgeweitet: Nun sind auch alle Firmen aus Drittländern betroffen, an denen Russen zu mehr als 50 Prozent beteiligt sind.

Die oft verwendete Überschrift über diesem siebten Paket dreht sich um das Verbot von Gold- und Edelmetall-Importen aus Russland. Allerdings handelt es sich hier um eine in den EU-Staaten vernachlässigte Größe. Sie gehört zu den Anpassungen an Entscheidungen der G7-Staaten und soll verhindern, dass es zwischen den EU-Ländern unterschiedliche Sanktionen gibt, je nachdem, ob sie zum Kreis der G7 gehören oder nicht.

Die schärfsten Auswirkungen stehen erst noch bevor. Bislang wurde der Zweck, durch den schrittweisen Verzicht des Bezuges fossiler Energieträger aus Russland eine Refinanzierung des Krieges zu verhindern, nicht erreicht. Wegen der schon vor Kriegsbeginn angestiegenen Energiepreise überwies die Einkäufer von Kohle, Öl und Gas in der EU

ganz im Gegenteil mehr Geld nach Russland als je zuvor. Das schlägt sich nun auch in den Zahlen des Europäischen Statistikamtes nieder, wonach von Januar bis Mai die Einfuhren aus Russland um 85,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf über hundert Milliarden Euro stiegen.

Das wird sich bereits in wenigen Wochen nachhaltig ändern. Denn am 10. August tritt das Kohle-Embargo in Kraft, dem dann in den folgenden Monaten das Öl-Embargo folgen wird. Damit werden zwei der Hauptpfeiler russischer Einnahmen brüchig. Hinzu kommt eine nun erfolgte Ausweitung von Gütern und Maschinen, die sowohl eine zivile wie militärische Nutzung ermöglichen. Damit werden russische Produktionsmöglichkeiten weiter eingeschränkt.

INFO

Ukrainisches Getreide soll wieder auf Weltmarkt

Russland und die Ukraine haben nach wochenlangen Verhandlungen Verträge über die Ausfuhr von Millionen Tonnen ukrainischen Getreides über das Schwarze Meer besiegelt. Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoiwoj und der ukrainische Infrastrukturminister Olexander Kubrakow unterzeichneten am Freitag in Istanbul zwei separate Abkommen mit den Vereinten Nationen und der Türkei. Außerdem wurde die Ausfuhr von Getreide und Düngemitteln aus Russland geregelt. Bislang konnten mindestens 22 Millionen Tonnen Getreide nicht über das Schwarze Meer geliefert werden.

Ukraine: Drei Schulen durch russische Angriffe zerstört

KIEW (ap/dpa) Ukrainische Rettungskräfte haben nach eigenen Angaben drei Leichen aus einer bei einem russischen Angriff im Osten des Landes getroffenen Schule geborgen. Die Arbeiten an der am Donnerstag angegriffenen Schule in Kramatorsk in der Donbass-Region Donezk seien abgeschlossen, teilte der staatliche Rettungsdienst am Freitag mit. Das Präsidialbüro erklärte, russische Angriffe hätten in der Stadt neben der Schule auch 85 Wohngebäude beschädigt. Derweil dauerten die Attacken in weiteren Teilen des Landes an.

Russische Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser seien sehr schmerzhaft und spiegeln das wahre Ziel Russlands wider, friedliche Städte in Ruinen zu verwandeln, sagte der Gouverneur von Donezk, Pawlo Kyrlylenko, im Fernsehen. Er wiederholte seine Aufforderung an die Zivilbevölkerung, zu flüchten.

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, erklärte unterdessen, Russland habe mit dem Angriff auf die Schule in Kramatorsk 300 Soldaten getötet, die das Gebäude als Stützpunkt genutzt hätten. Bei

einem weiteren Angriff sei ein Munitionslager in der südlichen Stadt Mykolajiw zerstört worden. Zudem habe Russland vier von den USA gelieferte Mehrfachraketenwerfer des Typs Himars zwischen dem 5. und 20. Juli zerstört. Die Angaben konnten zunächst nicht unabhängig überprüft werden. Die USA haben nach eigenen Angaben zwölf dieser Systeme an die Ukraine geliefert und werden vier weitere liefern.

In der Region Dnipropetrowsk wurden nach Angaben der ukrainischen Behörden bei den jüngsten russischen Angriffen drei Schulen

zerstört. Sieben russische Raketen trafen demnach die Kleinstadt Apostolowe, in der 18 Einwohner verletzt wurden. Regionalgouverneur Walentyn Resnitschenko verurteilte die „sinnlose“ Attacke. Dahinter steckten keine militärischen Ziele, der Beschuss könne nur durch den russischen Wunsch erklärt werden, Angst und Panik unter den Menschen zu säen.

Am Donnerstag hatte Russland ein dicht besiedeltes Gebiet in der zweitgrößten Stadt Charkiw angegriffen. Dabei waren mindestens drei Menschen getötet und 23 wei-

tere verletzt worden. Die russischen Invasionstruppen in der Ukraine setzten britischer Geheimdienstexperten zufolge verstärkt Flugabwehr-Raketen gegen Ziele am Boden ein. Das geht aus dem täglichen Geheimdienst-Bericht des Verteidigungsministeriums in London am Freitag hervor. Demnach leiden die Russen unter einem „kritischen Mangel“ an Boden-zu-Boden-Raketen und greifen daher zu den für den Abschuss von Fluggeräten bestimmten Waffen. Diese stellten aber ein hohes Risiko für die Zivilbevölkerung dar, so die Experten weiter. „Es

gibt eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass diese Waffen ihre anvisierten Ziele verfehlen und zivile Opfer verursachen, weil sie nicht optimiert sind für diesen Zweck“, hieß es in der Mitteilung. Zudem sei das Personal, das die Raketen abschießt, nicht ausreichend geschult.

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine Ende Februar veröffentlicht die britische Regierung regelmäßig Geheimdienstinformationen zu dessen Verlauf. Moskau wirft London eine gezielte Desinformationskampagne vor.

Es knirscht heftig im Unions-Gebälk

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer hat in der Frage der Russland-Sanktionen die Unionsführung mal wieder in die Bredouille gebracht.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Er hat's wieder getan. Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) sorgte in dieser Woche mit Äußerungen zum Ukraine-Krieg und den Sanktionen gegen Russland auch innerparteilich für Unruhe. Nicht das erste Mal. Wackelt die Partei jetzt etwa? Es knirscht zumindest im Unions-Gebälk. Von Berlin aus blickt mancher hinsichtlich des weiteren Kurses allerdings nicht nur sorgenvoll nach Osten, sondern auch gen Süden.

Kretschmer hatte betont, Deutschland müsse sich dafür einsetzen, „dass dieser Konflikt eingefroren wird“. Er sei auch der festen Überzeugung, „dass wir diese Rohstofflieferungen brauchen“. Vertreter der Ampel-Regierung wiesen dies scharf zurück, auch aus der eigenen Partei erntete Kretschmer erheblichen Widerspruch. Am Rande der Sommerklausur der CSU-Landesgruppe in Kloster Banz sah

sich sogar CDU-Chef Friedrich Merz zu einer Klarstellung gezwungen – schließlich ist Kretschmer ebenso Parteizeuge: Es gebe bei der Bewertung der Sanktionspolitik in der Union kein Umdenken, „es bröckelt nicht, es gibt vereinzelte Stimmen, das sind aber wirklich nur vereinzelte Stimmen“.

Die Sanktionen blieben richtig, „solange dieser Angriffskrieg in der Ukraine tobt“. In der Union ist man sich bereits sicher, dass die energiepolitischen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges den Parteitag Anfang September dominieren werden. Und nicht die Frauenquote.

Nun ist es nicht das erste Mal, dass Kretschmer mit einem eher weichen Kurs gegenüber Russland auffällt – der Ostdeutsche gilt im politischen Berlin als „Russlandverstehender“. Nach Beginn des Krieges warb er dafür, mit Moskau im Gespräch zu bleiben. Es sei nicht gut, sagte Kretschmer Anfang März unserer Redaktion am Rande der Klausur

des CDU-Bundesvorstands im Saarland, „wenn wir alle Kontakte da jetzt abbrechen“. Dahinter stecken wohl Überzeugung und Strategie: Die Ängste vor Energie-Engpässen sind speziell im Osten besonders groß, die Zustimmung zur Sankti-

onspolitik ist deutlich geringer als im Westen.

Im Herbst und im Winter könnte die Lage wegen der Gaskrise also heikel werden, weshalb in der Union nicht jeder unglücklich darüber ist, dass Kretschmer die Sorgen vieler

Bürger aufgreift. Was AfD und Linke schon länger machen. Von AfD-Chef Tino Chrupalla und der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht bekam der Sachse prompt Zuspruch. Es sei auch richtig, so ein führender Unions-Außenpolitiker, die Sanktionspolitik immer auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Das habe nichts mit mangelnder Standhaftigkeit zu tun.

„Natürlich gibt es Debatten um die Sanktionen. Sie finden in der Gesellschaft ebenso wie in der Politik statt“, räumte Unions-Parlamentsgeschäftsführer Thorsten Frei ein. Umso wichtiger sei es, sich die Gründe für die Maßnahmen vor Augen zu halten. „Unmittelbar vor der Haustür der EU führt eine große Macht einen brutalen Angriffskrieg gegen einen kleineren Nachbarn“, so Frei zu unserer Redaktion. Tag für Tag sei zu sehen, wie der Kreml das Recht des Stärkeren durchsetzen wolle. „Das dürfen und können wir im eigenen Interesse nicht akzeptieren.“ Eine Mahnung auch

an die eigenen Reihen. Gleichwohl: Kommt eine Priorisierung beim Gas, bleiben womöglich Wohnungen kalt und steigen die Preise weiter, könnte die Solidarität mit der Ukraine schneller bröckeln, als es manchem in Berlin lieb ist. Schon ist von „Fliehkräften“ die Rede. Da macht man sich auch bei der Union keine Illusionen.

CSU-Chef Markus Söder etwa warnte bereits vor einem Chaos im Winter. Dass die Rhetorik des Bayern zunehmend martialischer wird, registriert man bei der CDU sehr wohl. Nächstes Jahr ist Landtagswahl im Freistaat. Das ist das eine. Das andere: Gerade Bayern ist laut Experten vom russische Gas besonders abhängig, viele energiepolitischen Hausaufgaben wurden nicht gemacht. Söders Sorgen sind also groß.

Produktion dieser Seite:

Iris Neu-Michalik
Vincent Bauer



Sorgte mit seinen Äußerungen zum Ukraine-Krieg und zu den Sanktionen gegen Russland für Unruhe, vor allem in der Union: Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer. FOTO: ROBERT MICHAEL/DPA